

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 08 / BS 41 / 339
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DJS

Bericht der GFK-Subkommission DJS zur Geschäftsprüfung 2010

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS

Präsident: Bieri Josef, Kreuzlingen
Mitglieder: Imhof Erwin, Bottighofen
Senn Norbert, Romanshorn
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2010 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2010

Allgemeines zum Departement

Am erneut bemerkenswert guten Abschluss der Rechnung ist das DJS mit 1,8 Mio. oder -4,3 % beteiligt. Wir anerkennen dieses Ergebnis und danken allen daran beteiligten Mitarbeitenden sehr. Bei den Gerichten ist eine negative Abweichung von 625'000 Franken zu verzeichnen.

Der Kommission standen zusätzliche Informationen zu Budget- und Rechnungsvergleich der verschiedenen Ämter, in welchem die grössten Abweichungen dargestellt sind, zur Verfügung.

Ämterbesuche 2011

Die Subkommission hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Bevölkerungsschutz und Armee
- Strassenverkehrsamt
- Massnahmenzentrum Kalchrain
- GS, Straf- und Massnahmenvollzug
- Kantonspolizei
- Migrationsamt

Alle Ämter waren sehr gut vorbereitet; auch im Migrationsamt, wo der Amtsleiter nicht anwesend sein konnte, haben seine Stellvertreter sehr gut informiert. Die ämterübergreifende Zusammenarbeit scheint sehr zufriedenstellend zu funktionieren und ist gut organisiert. Der Chef des ABA hat sich sehr gut eingearbeitet und sein Amt erfrischend und engagiert präsentiert. Dem StVA wird von der Finanzkontrolle attestiert, dass es einer der dynamischsten Betriebe im Kanton sei, der verantwortungsbewusst und kundenfreundlich arbeite und die interkantonale Zusammenarbeit sehr konstruktiv beeinflusse.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

5010-5017 Generalsekretariat

Hier haben wir uns eine Budgetüberschreitung von rund 180'000 Franken im Bereich des Opferhilfegesetzes zusätzlich erläutern lassen. Entsteht einem Opfer aus einer Straftat ein bleibender Schaden, so kann dieses eine Entschädigung beantragen. Diese beträgt höchstens 120'000 Franken. Wenn eine schwere Beeinträchtigung dies rechtfertigt, kann zudem eine Genugtuung beantragt werden bis maximal 70'000 Franken. Im letzten Jahr sind beim DJS 44 Gesuche bearbeitet worden; von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten gelangten 23 Fälle zur Auszahlung und die Fachstelle „Opferhilfe Thurgau“ hatte 920 Ratsuchende zu betreuen. Von den beiden im Einzugsbereich liegenden Frauenhäusern Schaffhausen und Winterthur besteht mit Schaffhausen eine Leistungsvereinbarung. Die Frauenhausaufenthalte nehmen ab; offenbar greift die Massnahme, dass die Polizei gewalttätigen Männern die Wohnung verbieten kann und die Frauen in der Wohnung bleiben können.

5110 Einbürgerungen

Betreffend die Kosten hat der Kanton nur bei den „ordentlichen Einbürgerungen“ Gestaltungsspielraum und hier wurde ein Kostendeckungsgrad von 98 % erreicht. Die restlichen Gebühren können nicht vom Kanton festgelegt werden (erleichterte Einbürgerungen).

5117 Straf- und Massnahmenvollzug

Hier musste im Berichtsjahr erneut eine massive Kostensteigerung (ca. 1,5 Mio. Franken) hingenommen werden. Der Kanton ist hier auf die Konkordatskantone angewiesen. Für Frauen ist die einzige Vollzugsanstalt jene von Hindelbank; für den geschlossenen Vollzug steht vor allem Pöschwies zur Verfügung und für den offenen Strafvollzug Saxerriet und Realta. Festzuhalten ist, dass die Auslastung des Kantonalgefängnisses rund 100 % beträgt. Ein Gefängnisplatz einer Vollzugsanstalt verursacht Baukosten von rund 600'000 Franken. Gemäss Auskünften besteht für allfällige Erweiterungen z. Zt. aber kein Handlungsbedarf. Ein Gefängnis, das betriebswirtschaftlich sinnvoll geführt werden soll, muss zudem auch eine gewisse Grösse haben.

5211 Konkursamt und Betreibungsinspektorat

Die Inkraftsetzung der Revision des Gesellschaftsrechts auf 1. Januar 2008 hat bei den Zahlen Auswirkungen gehabt. Wenn man die Zahl der Konkursöffnungen bereinigt, waren 271 Konkurse 2009 und 268 Konkurse 2010 zu registrieren.

Es kann davon ausgegangen werden, dass nach der Bereinigung des Handelsregisters in den nächsten Jahren die Konkursöffnungen stabil bleiben.

5270.365.00 Jugendanwaltschaft

Die Budgetabweichung von 12 % wird begründet durch erhöhte Untersuchungs- und Versorgungskosten. Im Unterschied zur früheren Praxis konnten weniger Jugendliche bei Privatpersonen und Pflegefamilien untergebracht werden. Die institutionellen Unterbringungen sind erheblich teurer. Unsere Fragen betreffend „interner Ablauf und Kontrolle der persönlichen Arbeitsleistung“ wurde dahingehend beantwortet, dass der Ablauf per Jahresbeginn neu definiert und standardisiert wurde. Wenn die Vorgaben nicht innert festgelegter Frist erfüllt werden, erfolgt eine Mahnung unter Ansetzung einer letzten Frist, die eine erneute Vorladung zur Jugendanwaltschaft auslöst.

Mit der neuen Fachstelle für Kinder-, Jugend- und Familienfragen im DEK wird eng zusammengearbeitet; langfristig sollten damit Probleme der Jugendlichen möglichst frühzeitig gelöst und teure Folgekosten vermieden werden.

5280 Untersuchungsrichteramt

Die Vergleiche brauchen zusätzliche Erläuterungen, die uns auch gegeben wurden. Sie gehen auf die Neuorganisation zurück. So sind z. B. 317 Fälle des KUR in der Statistik der einzelnen Bezirksamter noch nicht enthalten. Ab einem gewissen Zeitpunkt hat die ehemalige Staatsanwaltschaft keine Fälle mehr zur Anklage bei den Gerichten entgegengenommen. Es kann festgestellt werden, dass in der ganzen Schweiz zu Beginn des Jahres 2011 in diesen Bereichen wenig lief, da sich die Staatsanwältinnen und -anwälte zuerst mit der neuen StPO vertraut machen mussten. Ab 2011 wird nur noch eine Statistik „Staatsanwaltschaft“ aufgeführt werden und künftige Vergleiche werden vereinfacht.

5410 Strassenverkehrsamt

Das Strassenverkehrsamt hat eine leicht positive Abweichung vom Budget, die dank Nettomehrerträgen in der Position „Verkehrszulassung Fahrzeuge“ zustande kam. Zusätzliche Angaben sind dem Kurzprotokoll auf Seite 9 (Bonus-/Malus-System bei den Strassenverkehrsabgaben ab 2011) - Stand 09. Mai 2011 - zu entnehmen. Ebenso sind die Abweichungen zum Globalbudget unter dem Aspekt „Kundenanforderungen“ erwähnt, die sich im laufenden Jahr positiv auswirken werden.

Die Subkommission und auch die Gesamtkommission haben sich auch mit der asa (association des services des automobiles bzw. Vereinigung der Strassenverkehrsämter) befasst, die z. Zt. vom thurgauer Amtschef präsiert wird. Bei der asa handelt es sich um einen 1932 gegründeten Verein, in welchem bis jetzt der Thurgau noch nie einen Präsidenten stellen konnte. Insgesamt kann der Feststellung von

Präsidenten Ernst R. Anderwert gefolgt werden, der bemerkte, dass die asa als Selbsthilfeorganisation der Strassenverkehrsämter betrachtet werden könne. Sie werde professionell geführt und insbesondere in finanziellen Bereichen durch professionelle Stellen beaufsichtigt. Sie koordiniere die Umsetzung von Aufgaben, die aufgrund der Gesetzgebung den Kantonen zugewiesen werde, basierend auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Kantone würden dadurch finanziell bedeutend entlastet.

5430 Migrationsamt

Zur massiven Zunahme der Zahl der im Erotik-Gewerbe beschäftigten Ausländerinnen hat der Regierungsrat mitgeteilt, dass durch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in der EU die entsprechenden Bewilligungen diesen Personen erlauben, den Kanton zu wechseln. Es ist deshalb möglich, dass hier angemeldete Ausländerinnen schon nach kurzer Zeit nicht mehr im Kanton Thurgau sondern irgendwo anders in der Schweiz ihrer Tätigkeit nachgehen.

Die Fachstelle Integration hat im vergangenen Jahr sechs von 13 registrierten Moscheen besucht und mit den Verantwortlichen Gespräche geführt.

Im Jahre 2010 sind netto 1'845 Ausländerinnen und Ausländer neu im Kanton registriert worden. Die angespannte Lage in gewissen nordafrikanischen Ländern hat auch im Thurgau zu einer Zunahme von Asylsuchenden geführt.

Die Nachfolge des Amtschefs André Rohrer ist inzwischen geregelt: Camillus Guhl aus dem Kanton St. Gallen wird ab 01. September 2011 die Amtsführung übernehmen.

5510 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei wird von der Subkommission jedes Jahr besucht. Zusätzlich zu den Unterlagen, die dem ganzen Rat zugänglich sind, erhalten wir unaufgefordert jeweils die verschiedenen Statistiken, deren Ergebnisse in den Pressekonferenzen veröffentlicht werden. Ebenso werden wir sehr zweckmässig informiert zu den ganzen Verkehrsbussenaufkommen, der Herkunft der Bussen, der verschiedenen Geschwindigkeitskontrollen innerorts, ausserorts und auf den Autobahnen, sodass wir uns ein objektives Bild zur Verhältnismässigkeit dieser Massnahmen machen können. Diese sind immer auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet, das letztlich der Verkehrssicherheit dient.

Der Regierungsrat hat uns auch einen internen Bericht betr. interkantonale Zusammenarbeit der Kantonspolizei, Konkordatseinsätze und IKAPOI-Einsätze abgegeben. Es wird sinnvoll sein, diesen Bericht jährlich nachzuführen, damit wir auch hier Vergleichsmöglichkeiten haben werden. Generell kann schon jetzt festgehalten werden, dass durch die weitere interkantonale Zusammenarbeit effizient und professioneller gearbeitet werden kann.

5719 Feuerschutzamt

Zum Stand des Projektes „Ostschweizer Feuerwehr-Ausbildungszentrum“ erfuhren wir, dass das Projekt im Moment wegen einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht St. Gallen verzögert ist. Die Beschwerdefrist läuft aber in wenigen Tagen ab und wenn der Entscheid rechtskräftig wird, kann damit gerechnet werden, dass die auf dem Areal des

Truppenübungsplatzes Bernhardzell im Gebiet Bleichenbach geplante Anlage ab 2012 gebaut und frühestens 2014 in Betrieb genommen werden könnte.

In der Zwischenzeit ist der Entscheid des Preisgerichtes rechtskräftig geworden und es wird mit einem Baubeginn 2012 gerechnet.

Bemerkungen zum Tätigkeitsbericht 2010 des Datenschutzbeauftragten:

Die Kommission hat festgestellt, dass der Datenschutzbeauftragte (DSB) eine obligatorische Institution ist. Die Frage stellt sich allgemein, was seine Tätigkeit dem Kanton bringt. Der Bericht ist gegenüber dem letzten Jahr detaillierter und zeigt ein aktives Betätigungsfeld. Er zeichnet sich aus durch Stellungnahmen zu sehr aktuellen Entwicklungen im elektronischen Bereich. Er bietet vielfältige Hinweise auf weitere Informationsmöglichkeiten und ist damit gerade für Politiker eine sehr nützliche Arbeitsgrundlage. Dies besonders auch für Stadt- und Gemeindeammänner. Herr Frei hat der Gesamtkommission Rede und Antwort gestanden. Er hat auch die kritischen Bemerkungen zur Aufschaltung der Grundbuchdaten im Internet kommentiert und festgehalten, dass der Bericht Seite 12 vom Projekt eGRIS handle. In der Zwischenzeit sei der Zugriff eingeschränkt worden. Aus diesem Grunde könne er nachträglich feststellen, dass der Bericht etwas zu kritisch ausgefallen sei. So wie das System nun in Betrieb genommen wurde, entspreche es rechtlich den Datenschutzvorschriften.

Kreuzlingen, 14. Juni 2011

Der Subkommissionspräsident
Josef Bieri, Kreuzlingen